

MAIN POST - Main-Spessart

22.12.2003

Plakate, Trillerpfeifen und Sprechchöre

Main-Spessart (SB/LEM/IV) 800 Unterrichtsstunden fallen nach Angaben der Schülermitverantwortung (SMV) komplett weg, wenn die gymnasiale Schulzeit um ein Jahr reduziert wird. Bis zu 290 Euro pro Jahr zahlen Eltern für die Schulbücher ihrer Kinder, wenn die Lernmittelfreiheit gestrichen wird. Dies waren zwei der Informationen, die SaMS ("Schüler aus Main-Spessart") am Montag bei Veranstaltungen an Schulen in Karlstadt, Lohr und Gemünden ihren Mitschüler servierte. Mit Trillerpfeifen, Sprechchören oder Plakaten mit Aufschriften wie "Kürzt euch doch selber weg!" machten die jungen Leute ihrem Unmut Luft.



Foto: FOTO LENA MERGNER

Um 2,5 Prozent soll der bayerische Bildungsetat gekürzt werden. Dies entspricht 200 Millionen Euro. Von der Staatsregierung angekündigt wurde die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf acht Jahre (G8). In ganz Bayern sei noch kein Modellversuch zu G8 abgeschlossen, verdeutlichte Julian Bischoff, Bezirksschülersprecher für Unterfranken bei einer Veranstaltung am **Karlstadter** Gymnasium. Beim unterfränkischen Modellversuch in Münnerstadt seien ausreichend finanzielle Mittel geflossen. Beim neuen Konzept solle aber gespart werden, wenn G8 im nächsten Jahr kommt.

Über die Auswirkungen der Schulzeitverkürzung informierten Schülersprecher Nicolas Raab und Fabian Rüger (beide Karlstadt). Umverteilt würden die Schulstunden von bisher neun auf acht Jahre. 800 Unterrichtsstunden würden komplett gestrichen. Mehr Nachmittagsunterricht - zwei- bis dreimal pro Woche - käme auf die Schüler zu. Wie die Schüler verköstigt werden, sei noch nicht geklärt. Bei Grund- und Leistungskursen seien weniger Wahlmöglichkeiten zu befürchten, so könne etwa kein Wirtschaftsleistungskurs mehr stattfinden.

Gestrichen würden auch Abi-Fahrten während der Schulzeit. Die weitere Durchführung von Skikursen sei fragwürdig. Aus Zeitmangel stehe auch Zusatzunterricht zur Disposition wie Schulgarten, Roboterkurs oder Chor. Weniger Zeit bliebe auch für innovative Unterrichtsformen wie Internet. "Auslese statt Förderung" sei wohl das Motto der Zukunft. Der Leistungsdruck steige, die

Zahl der Abiturienten sinke.

"Nur Leute, die gut betucht sind, können sich eine gute Ausbildung für ihre Kinder leisten", betonte Bischoff mit Blick auf geplante Semestergebühren und Streichung der Lernmittelfreiheit an allen Schulen. Allein für Schulbücher fallen am Gymnasium 240 Euro in der neunten Klasse, 290 Euro in der zehnten und 230 Euro in der elften an, ermittelte die SMV.

Auf die Straße gehen

"Wir lehnen die G 8, so wie es jetzt im Raum steht, ab" unterstrich Simone Tolle, die bildungspolitische Sprecherin der Grünen im Landtag. Investitionen in die Bildung seien Investitionen in die Zukunft, erklärte sie und riet den Schülern: "Geht auf die Straße, sprecht mit den Abgeordneten". Zu Protestaktionen rief auch die SMV auf. Am Freitag, 9. Januar, wird Staatsminister Eberhard Sinner (CSU) den Schülern bei einer Podiumsdiskussion in Karlstadt Rede und Antwort stehen. Einen "Endlosbrief" verfassten die Schüler an Ministerpräsident Edmund Stoiber.

In **Lohr** trafen sich die Gymnasiasten und Gymnasiastinnen um halb acht vor dem Schuleingang und machten mit Plakaten, Trillerpfeifenkonzert und Sprechchören "Edmund Stoiber - Bildungsräuber" auf die Pläne des Ministerpräsidenten aufmerksam. Nicht nur Schüler waren mit Elan dabei, auch Eltern hielten Plakate mit Sprüchen wie "Bildung und Erziehung muss sich an unseren Kindern orientieren, nicht an Nützlichkeit und Wünschen der Wirtschaft!" hoch.

Lob gab es laut Schülersprecher Johannes Scherg auch von Seiten der Lehrer. Oberstudiendirektor Dr. Helmut Fath wollte allerdings auf Anfrage der MAIN-POST keinen Kommentar abgeben. Scherg: "Dafür, dass es eine Spontanaktion war, weil wir vom Direktor keine Infoveranstaltung während der Schulzeit, auch nicht in den Pausen genehmigt bekommen haben und uns kurzfristig entschieden, was wir machen, waren sehr viele Schüler dabei."

Auch Schülersprecherin Lena Mergner ist mit dem Verlauf der Aktion recht zufrieden. Für sie und ihre Kollegin Anna-Katharina Henning war es ein Ziel, die Schüler zu informieren und mit solchen Aktionen Landtagsabgeordnete dazu zu bewegen, ihre Entscheidungen von den Interessen der Betroffenen, also der Schüler, Lehrer und Eltern, abhängig zu machen.

Keine Chancengleichheit

Unter dem Motto "Wir haben auch eine Meinung" versammelten sich die Schülerinnen des Mädchenbildungswerkes in **Gemünden** in der Turnhalle, um gegen die Streichung der Lernmittelfreiheit durch das Kultusministerium zu protestieren. 1. Schülersprecherin Penelope Wilms informierte über die möglichen Folgen, die sich aus einer Streichung der staatlichen Finanzierung von zum Beispiel Schulbüchern ergeben würde und berichtete über die bereits beschlossene Oberstufenreform "G 8" am Gymnasium.

Diese Maßnahmen der Staatsregierung nähmen den Schülern die Chancengleichheit und hätten schwerwiegende Folgen in der Bildungspolitik, meinte Wilms. Es folge eine "Herabqualifikation und Selektion der Schüler".

Mit einer Unterschriftenaktion wollen die Organisatoren das zuständige Ministerium auf die Unzufriedenheit der Schüler aufmerksam machen. Dank sagte die SMV dem Direktorat und dem Lehrerkollegium für die Bereitstellung der Stunden und die gute Zusammenarbeit.

Eine weitere Unterrichtsstunde im Anschluss konnte für klasseninterne Diskussionen zu diesem Thema genutzt werden. Die Schülersprecherin schloss: "Ich kann nicht sagen, ob es etwas bringt, aber wir müssen anfangen, etwas zu machen".

Eine Informationsveranstaltung zum Thema gab es am Montag auch am Friedrich List Gymnasium in Gemünden. In **Marktheidenfeld** hat die SMV aufgerufen, die durch die Klassen gehenden Unterschriftenlisten zu unterzeichnen.